

malige Bizonen und später an die Bundesrepublik angliederten, haben damit Westberlin nicht nur der Herrschaft des westdeutschen Finanzkapitals untergeordnet, sondern auch den Bedingungen des Besatzungsstatuts der USA und der anderen Westmächte zugestimmt. Wenn wir uns also mit Brandt und dem Westberliner Senat auseinandersetzen, müssen wir uns grundsätzlich mit der Frage des deutschen Imperialismus beschäftigen. Brandt und seine Kollegen sind nichts anderes als Werkzeuge des deutschen Imperialismus, der Kriegstreiber und Revanchepolitiker. Brandt selbst hat doch bei seiner Antrittsrede in Westberlin gesagt, daß Westberlin als Störenfried gegen die DDR und gegen die anderen Volksdemokratien dienen müsse.

Brandt erklärte weiter: „Was sich, wie durch ein Brennglas polarisiert, in Berlin abspielt, ist das erbitterte Ringen zweier diametral entgegengesetzter Grundüberzeugungen. Die Auseinandersetzungen ziehen sich durch fast alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens.“ — Selbstverständlich besteht ein grundlegender Gegensatz zwischen der sozialistischen Demokratie im demokratischen Berlin und der kapitalistischen Klassenherrschaft in Westberlin. Aber auch unter diesen Bedingungen ist es möglich, normale Wirtschaftsbeziehungen und andere Beziehungen Westberlins zur DDR und zu anderen Staaten herbeizuführen — ebenso wie wir ja schon Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten haben oder wie Westberlin Wirtschaftsbeziehungen mit sozialistischen Staaten hat. Der Gegensatz der beiden Systeme muß also nicht in der Form des kalten Krieges zum Ausdruck kommen, wie das gegenwärtig in Westberlin der Fall ist.

Herr Brandt sagte offen, daß von Westberlin aus der Kampf zur Einflusnahme auf den demokratischen Sektor geführt werden müsse. Ich möchte hier feststellen, daß es bei uns im demokratischen Berlin eine gewisse Nachlässigkeit gegenüber dieser feindlichen Tätigkeit gibt. Die verschiedenen Ostbüros, die im Dienste der amerikanischen Spionage arbeiten, führen eine sehr intensive Tätigkeit durch. Unser Kampf dagegen ist verhältnismäßig schwach. Diese Fragen muß man in den Parteiorganisationen besprechen, denn sie sind nicht überall klar. Diejenigen, an deren Adresse ich diese Bemerkung richte, mögen sich gründlich damit beschäftigen und darüber nachdenken, was in ihrem Denken und in ihrer Arbeitsweise nicht in Ordnung ist.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Paris haben nun Leute aus Westberlin gefragt, wie es weitergehen soll. Genosse Verner hat im Referat darauf eingehend geantwortet. Ich kann mich deshalb auf einige Punkte beschränken.

Die Lektion, die Genosse Chruschtschow in Paris gegeben hat, besteht darin, daß er den USA, den übrigen Westmächten und der Bonner Regierung klärgemacht hat, daß die Zeit der Politik der Stärke vorbei ist, daß die Zeit herangeeift ist, eine Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, da jeder andere Weg zum Kriege führen würde. Nun gibt es Leute, die fragen: Ist es denn möglich, zwischen dem Imperialismus und dem sozialistischen Weltssystem eine friedliche Koexistenz zu erreichen? Nach der Lehre Lenins über den Imperialismus entspricht es dem Wesen des Imperialismus, daß er eine aggressive imperialistische Eroberungspolitik durchführt. Wir merken das in Westdeutschland daran, daß die Bonner Regierung hartnäckig ihre Revanchepolitik, das heißt ihre imperialistische Aggressionspolitik betreibt. Aber sowohl Eisenhower als auch Adenauer bemühen sich, das Kräfteverhältnis einzuschätzen, damit sie nicht solche aggressiven Maßnahmen durchführen, die die Vernichtung des ganzen kapitalistischen Systems zur Folge hätten. Das heißt, sie wollen ihre imperialistische Politik so durchführen, daß sie nicht Kopf und Kragen dabei verlieren. Das Neue in der Lage besteht